

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mt., fürs
Ausland 1,50 Mt. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gepaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 23 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telefon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 8. Juni 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Arbeitslohn und Kriegsrente. — Bericht über die Sitzung der Zentraltarifkommission für das Lederverwarendgewerbe. — Sattler sind nicht als Schwerstarbeiter zu betrachten. — Wie können wir unsere Löhne am besten den Lebensmittelpreisen anpassen? — Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften II. — Ist eine Kriegsrentnervereinigung nötig? — Befestigt für Kriegsverletzte ein Operationszwang? — Mensch sein. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Befamtmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 10. bis 16. Juni 1917 ist der 23. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Arbeitslohn und Kriegsrente.

Nach Beendigung des Krieges werden wir in Deutschland Millionen von Menschen haben, die Kriegsrente beziehen, weil sie durch den Krieg geschädigt worden sind. Da sind zunächst jene Männer, die an ihrer Gesundheit oder an ihren geistigen Fähigkeiten Schaden gelitten haben und deshalb mit verminderter Erwerbsfähigkeit ins wirtschaftliche Leben zurückkehren. Da sind ferner die Frauen, deren Männer im Kriege den Tod gefunden haben, und hingsutommen auch noch jene Frauen, deren Männer infolge des Krieges erwerbsunfähig geworden sind. Selbstverständlich hat der Staat die Pflicht, alle diese Opfer der Kriegsjurie zu entschädigen, und zwar fordern wir, daß er in dieser Beziehung nicht knickern und knausern, sondern daß er sich anfänglich erweisen soll. Leider liegt aber die Sache so, daß bei der Höhe der Ausgaben und bei der Knappheit der Mittel der Staat Sparjamkeit walten lassen wird, weshalb die bewilligte Rente bei den Angehörigen der Unter- und Mittelschichten niemals so hoch sein wird, daß sie zur Vorsehung des vollen Lebensunterhalts ausreicht. Die Kriegsrentner und Kriegsrentnerinnen werden deshalb gezwungen sein, sich durch Ausübung einer Erwerbsarbeit einen Zuschuß zur Rente zu verdienen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ist diese Notwendigkeit sogar freundlich zu begrüßen, weil wir in der künftigen Friedenszeit zum Aufbau unseres Wirtschaftslebens alle Arbeitskräfte, also auch die mit verminderter Leistungsfähigkeit, dringen notwendig haben. Außerdem wird es auch auf den seelischen und sittlichen Zustand der Kriegsoffer eine heilsame Wirkung ausüben, wenn sie in einer geregelten Beschäftigung Vergessenheit ihrer Leiden finden und außerdem auch das Bewußtsein, daß sie noch immer brauchbare, unentbehrliche Glieder der menschlichen Gesellschaft sind.

Die Zweiteilung der Arbeiter und Arbeiterinnen in solche, die lediglich auf den Ertrag ihrer eigenen Arbeit angewiesen sind, und solche, die zu ihrem Arbeitslohn noch eine Rente beziehen, birgt zweifellos für die Entwicklung der Arbeiterbewegung eine große Gefahr in sich. Es besteht nämlich die Gefahr, daß die Arbeitgeber die Rente als ein Mittel betrachten werden, um auch auf die Löhne der nicht zum Bezug einer Rente berechtigten Arbeiter und Arbeiterinnen einen Druck auszuüben, und es besteht auch die Gefahr, daß die Kriegsrentner und noch mehr die Kriegsrentnerinnen dies Bestreben bewußt oder unbewußt fördern werden. Begreiflich ist es, daß un- aufgeklärte und gewerkschaftlich ungeschulte Leute

leicht geneigt sind, sich mit einem niedrigeren Lohne zu begnügen, weil sie den Arbeitslohn nur als einen Zuschuß zur Rente betrachten. Allerdings ist zu wiederholten Malen von maßgebender Stelle aus erklärt worden, daß es unsinnhaft sei, die Kriegsrente auf den Arbeitslohn anzurechnen, aber in der Praxis des Wirtschaftslebens werden Versuche, diese Klippen zu umgehen, nicht ausbleiben. Wer unsere Arbeitgeberchaft kennt, der weiß, daß sie alle Versprechungen leicht vergißt, wenn die Kriegszeit erst vorüber ist, und daß bei ihr das Geldverdienen groß geschrieben wird. Die Gewerkschaften werden also mit dieser Gefahr rechnen müssen.

Was die Kriegsbeschädigten Arbeiter anbetrifft, so liegt hier die Sache wesentlich günstiger, weil die Männer, wenn sie aus dem Kriege heimkehren, wieder in die Organisationen hineingehen werden und weil sie ohnehin mehr Selbstbewußtsein, Einsicht und Widerstandskraft besitzen als die Frauen. Dennoch haben auch hier die Gewerkschaften alle Veranlassung, auf der Hut zu sein und Vorbeugungsmaßnahmen zu ergreifen, ehe es zu spät ist. Schlimmer aber liegt die Sache mit den Kriegsrentnerinnen und hier ist die Gefahr geradezu drohend, daß diese Frauen, von denen die allermeisten kein Verständnis für wirtschaftliche Verhältnisse und für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation haben, sich als Lohnrückerinnen werden mißbrauchen lassen. Allerdings ist diese Gefahr gegenwärtig nicht so groß, weil während des Krieges die weiblichen Arbeitskräfte gesucht sind und deshalb keine Veranlassung haben, ihre Kollegen und Kolleginnen zu unterbieten. Aber nach Beendigung des Krieges wird sich dies wesentlich ändern. Wenn dann Millionen Arbeiter in das Wirtschaftsleben zurückströmen, um ihre früheren Plätze wieder einzunehmen, so wird ein heftiger Konkurrenzkampf um die Arbeitsgelegenheit entbrennen. Allen Versprechungen zum Trotz, daß man unsern Brüdern im Waffenrod ihre Arbeitsplätze offenhalten wolle, werden zahlreiche Unternehmer geneigt sein, die billigen und willigen Arbeiterinnen, die sich inzwischen eingearbeitet haben und ihren Platz ganz gut ausfüllen, weiter zu beschäftigen. Und wo man diese Arbeiterinnen entläßt, werden sie durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen sein, sich anderswo Arbeit zu suchen. Da kann es denn leicht vorkommen, daß sich die Kriegsrentnerinnen zu geringeren Löhnen anbieten und dadurch ihren Kollegen und Kolleginnen eine empfindliche Schmutzkonzurrenz machen. Man braucht hier nicht einmal von einer absichtlichen Schädigung und einem schlechten Charakter zu reden, es ist vielfach Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und Mangel an Nachdenken, die sie dazu veranlassen. Könnte man doch schon vor dem Kriege eine Lohnrückerin zahlreicher Mädchen und Frauen aus den sogenannten besseren Ständen beobachten, die gewerbliche Arbeiten verrichteten, nicht um damit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sondern um sich einen Nebenverdienst zu verschaffen. Sie bedachten dabei nicht, daß sie dadurch ihren Geschlechtsge- nossinnen, die einzig und allein auf den Ertrag ihrer Hände Arbeit angewiesen waren, das Brot vor dem Munde wegnahmen und sie dem Glend überantworteten. Leider steht zu befürchten, daß sich dies nach dem Kriege wiederholen wird und daß besonders die Kriegsrentnerinnen eine schädigende Wirkung ausüben werden.

Erklärlicherweise wird sich die Lohnrückerin am schlimmsten in der Heimarbeit fühlbar machen, was um so verhängnisvoller ist, als dort ohnehin schon erbärmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen.

Darum tut hier die Abhilfe am dringendsten not. Es muß gefordert werden, daß von den Arbeitsnachweiser Frauen nur dann Heimarbeit zugewiesen wird, wenn diese die einzige Erwerbsmöglichkeit bietet und wenn die Zahlung eines normalen Arbeitslohnes gewährleistet wird. Kann eine Frau auf Grund ihrer Familienverhältnisse Arbeit außer dem Hause leisten, so muß ihr der Eintritt in die Reihen der Heimarbeiterinnen verwehrt werden. Aber auch in den anderen Erwerbszweigen besteht die Gefahr einer Lohnrückerin durch Kriegsrentnerinnen und darum ist es die Aufgabe aller gewerkschaftlichen Organisationen, ein wachames Auge zu haben und auf die Arbeiterinnen einzuwirken. Leider ist ja die Beteiligung der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsarbeit verhältnismäßig sehr gering und es wird noch großer Anstrengungen bedürfen, um die gesamte weibliche Arbeiterschaft und besonders auch die große Schaar der Kriegsrentnerinnen der Gewerkschaft zuzuführen und sie dort zu tüchtigen Kameradinnen mit sozialem Empfinden, kollektiver Gesinnung und solidarischem Willen zu erziehen.

Mögen Führer und Mitglieder die Augen offen halten und einig zusammenstehen in dem Kampf gegen Lohnrückerin. Soviel steht fest: nur durch Aufbietung aller Kräfte und durch einträchtiges Zusammenarbeiten kann verhütet werden, daß die Kriegsrente, deren soziale Bedeutung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann, eine schädliche Wirkung ausübt auf den Arbeitslohn. Dies ist um so notwendiger, weil durch die Höhe des Arbeitslohnes die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage des einzelnen Arbeiters und der gesamten Arbeiterklasse bestimmt wird.

Bericht über die Sitzung der Zentraltarifkommission für das Lederverwarendgewerbe

vom Dienstag, den 22. Mai 1917.

Tagesordnung:

Beschwerde der Firma Franz Cobau gegen die Entscheidung der Berliner Schlichtungskommission vom 3. Mai 1917.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt der Vorsitzende dem verstorbenen Mitgliede der Zentraltarifkommission, Herrn Bachhaus, einen Nachruf.

Zur Tagesordnung selbst wurde von Arbeitgeberseite erklärt, daß die Zuständigkeit der Zentraltarifkommission für die in Frage stehende Angelegenheit nicht vorhanden sei. Es handele sich nicht um eine Erfüllung des Reichstarifs, sondern um die Bemessung von Zulagen zu den reichstarifmäßigen Stundenlöhnen in dem Cobauschen Betriebe. Hierüber könne die Zentraltarifkommission nicht entscheiden.

Der Vorsitzende erklärte, daß er diese Auffassung vollauf teile. Nach Absicht des Herrn Cobau und der Arbeitnehmerorganisation solle die Zentraltarifkommission auch nicht in dieser ihrer Eigenschaft, sondern als freigeähltes Einigungsamt tätig sein.

Von Arbeitnehmerseite wurde die Auffassung des Vorsitzenden bestätigt mit dem Hinzufügen, daß die Arbeitnehmer keinerlei Interesse daran haben, eine Entscheidung durch die Zentraltarifkommission, sei es auch nur als Einigungsamt, zu erlangen.

Von Arbeitgeberseite wurden auch dagegen Bedenken erhoben, daß die Zentraltarifkommission als frei gewähltes Einigungsamt hier tätig sei.

Hierauf erklärte Herr Cobau, daß er die Entscheidung der Berliner Schlichtungskommission nunmehr annehme.

Von Arbeitnehmerseite wurde erklärt, daß seitens der Arbeitnehmer die Entscheidung der Schlichtungskommission ebenfalls angenommen sei und die Annahme natürlich noch Geltung habe.

Da der Streitfall damit erledigt war, wurde die Sitzung geschlossen.

Sattler sind nicht als Schwerftarbeiter zu betrachten.

Unermüdet sind die Vertreter der Arbeiter tätig, um auf dem Gebiete der Ernährung für ihre Berufsangehörigen Vorteile zu schaffen. Jedoch sind auch diesem Wirken Schranken gezogen, welche sich nicht überspringen lassen. Bei der letzten Lohnbewegung in Leipzig war mit den Vertretern der Unternehmer bei einer Verhandlung vor der Kriegsamtstelle vereinbart worden, eine gemeinsame Eingabe an die Kriegsamtstelle zu richten, in welcher gebeten wurde, einige Zweige unseres Berufes in die Gruppe der Schwerstarbeiter aufzunehmen. Die Kriegsamtstelle hatte sich bereit erklärt, diese Eingabe zu unterstützen und weiterzugeben. Das Schreiben, welches mit den Unternehmern gemeinsam eingereicht wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Leipzig, den 3. Mai 1917.

An die
Königliche Kriegsamtstelle zu Leipzig.

Die ergebenst unterzeichneten Organisationen richten im Auftrage der Unternehmer und der Arbeitererschaft in der Leder-, Sattler-, Holz- und Holz- und Kohlflechterindustrie die Bitte an die Königl. Kriegsamtstelle zu Leipzig, an höherer Stelle dafür zu wirken, daß die nachstehenden Sparten unserer Industrie in die Gruppe der Schwerstarbeiter mit aufgenommen werden:

Alle Sattler, Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in der Militäreffektenindustrie auf Tornister, Kante, Artillerie- und Trainsgeschirre, in der Privatindustrie auf Holz- und Kohlflechter beschäftigt werden. Außerdem die Stepper und Stepperinnen, welche auf Nähmaschinen mit Fußbetrieb nähen.

Die hier genannten Arbeitersparten haben bei der Ausführung ihrer Arbeit starke Muskelkräfte anzuwenden. Diese Arbeitsleistung ist bedeutend höher als bei vielen Metallarbeitern, wo die Maschine durch mechanische Kraft angetrieben wird und der Arbeiter bei seiner Tätigkeit keine allzugroße Muskelkraft anzuwenden braucht.

Diese übermäßige Anstrengung der Arbeitskraft muß durch entsprechende Ernährung wieder ersetzt werden. Während der Kriegszeit hat die Arbeitererschaft genannter Industrie die Einschränkung der Ernährung bitter empfunden. Wenn die Arbeiter nicht dauernden Schaden an ihrer Gesundheit für die Zukunft nehmen sollen, so muß ihnen eine bessere Ernährung zugesichert werden. Auch wird dadurch verhindert, daß die Leistungsfähigkeit bei der Arbeit auf das Mindeste herabgedrückt wird. Alle diese Nachteile können bedeutend gemildert werden, wenn die Arbeitererschaft unserer Industrie, soweit wir sie hier aufgeführt haben, in die Gruppe der Schwerstarbeiter aufgenommen wird.

Vertrauensvoll unterbreiten wir gemeinschaftlich der königlichen Kriegsamtstelle dieses Gesuch und bitten um wohlwollende Förderung und Unterstützung unserer Eingabe.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Schutzverband der Arbeitgeber der Koffer- und Lederwarenbranche Leipzigs E. W.

H. A.: A. Mäbler.

Verband der Sattler und Portefeuller.

H. A.: G. Wusch.

Auf dieses Schreiben ging uns von der Kriegsamtstelle folgende Antwort zu:

Kriegsamtstelle Leipzig.

An den
Sattler- und Portefeullerverband
Leipzig.

Auf Ihre Eingabe vom 3. d. M. wird Ihnen ergebenst mitgeteilt, daß nach den gegenwärtig gültigen reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Anerkennung der Schwerstarbeiter eine Berücksichtigung Ihres Gesuches nicht möglich ist.

H. W.: Brecht.

Nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen sind 11 Gruppen vorgegeben, welche als Schwerstarbeiter gelten. Dieses sind:

1. Bergarbeiter unter Tage. 2. Die an den Koksofen, Eisenerzöfen und in Bricketfabriken beschäftigten Arbeiter. 3. Feuerarbeiter in der Eisenindustrie. 4. Arbeiter in der Waffen- und Munitionsindustrie, welche an Pressen, Wärme- und Glühöfen arbeiten. 5. Arbeiter in Zink-, Kupfer-,

Aluminium- und sonstigen Metallhütten und Metallgießereien. 6. In Kalk- und Dolomittbrennereien, Zementfabriken, in der Tonwarenindustrie und in Glashütten, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten. 7. In der Maschinen-, Metall- und Kleinereisenindustrie, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten. 8. Kesselheizer im Bergbau und in vorgenannten Industrien. 9. Von den Arbeitern der chemischen und Sprengstoffindustrie solche, die unter großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen besonders zu leiden haben. 10. Arbeiter im Bergbau und in vorgenannten Industrien, die an sich nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, in der Zeit, wo sie Nachschichten leisten. 11. Lokomotivführer und Heizer auf Dampflokomotiven; Maschinen- und Heizerpersonal der See- und Binnenschiffahrt.

Wir halten es für unsere Pflicht, diese Gruppen hier anzuführen, um auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, welche unserem Gesuch entgegenstehen.

In einem weiteren Schreiben haben wir uns in den letzten Tagen nochmals an den Schutzverband unserer Arbeitgeber in Leipzig gewandt und den Wunsch ausgesprochen, für ihre Arbeiter Nahrungsmittel zu beschaffen. Insbesondere haben wir dabei auf die Feldzeugmeisterei in Dresden und auf die Hindenburgspende hingewiesen.

Aus all dem Vorstehenden können unsere Kollegen in Leipzig ersehen, daß von der Organisationsleitung alles getan wurde, um die Lage unserer Berufsangehörigen in dieser schweren Zeit erträglich zu gestalten. Hat uns die Eingabe an die Behörde nicht das gebracht, was wir wünschten, so müssen wir uns damit abfinden. Doch werden wir die Dinge im Auge behalten und beizeiten einsehen, wenn die Möglichkeit besteht, in dieser Kriegszeit Nahrungsmittel zu beschaffen. Hoffentlich beherzigen auch die Unternehmer unseres Berufs diese Anregung und sorgen mit dafür, daß ihren Arbeitern billige und gute Nahrungsmittel zuteil werden.

Wie können wir unsere Löhne am besten den Lebensmittelpreisen anpassen?

(Eine Antwort
auf den Artikel „Zur Diskussion.“)

II.

In der Nr. 19 der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ hatte ich empfohlen, die Löhne nach den Preisen der Lebensmittel zu regeln, und zwar nach einer Bedarfstafel, die den ungefähren Verbrauch des Arbeiters angibt und so einen bequemen Maßstab angibt für das, was uns des Leibes Nahrung und Notdurft kostet. Ich hatte als Vorzug meines Vorschlags angeführt, daß wir dann nicht gewungen wären, einen bestimmten Lohnsatz fest zu bestimmen, und daß wir dadurch der Gefahr entgingen, Lohnsätze festzulegen, die nachher der wirklichen Lebensbedürfnisse nicht entsprechen und die Lebenshaltung unserer Kollegen in der Kleinarbeitsbranche tief herunterdrücken könnten. Darauf hat mir in Nr. 20 ein Kollege geantwortet, und zwar unter dem Titel: „Zur Diskussion“.

Was bemängelt nun dieser Kollege an meinem Vorschlage?

Er soll für die Kollegenchaft nicht praktisch und für die Unternehmer nicht akzeptabel sein. Prüfen wir diese Einwände genauer. Fangen wir gleich mit dem ersten Einwand an, daß die Vorschläge für die Arbeiter nicht praktisch sind. Wenn er darin recht hätte, wozu dann noch den zweiten Einwand behandeln, daß die Unternehmer sie nicht annehmen würden? Wer würde von ihnen eine Regelung verlangen, von der er von vornherein weiß, daß sie für den Arbeiter keinen Nutzen bringt?

Was hat nun der erste Einwand an meinem Vorschlage auszuweisen? „Daß sich das Leben des Arbeiters doch auch mehr als aus Essen und Trinken zusammensetzt! Und als solche anderen Bedürfnisse nimmt mein Kritiker Teilnahme an Kunst und Wissenschaft, gute Lektüre, Besuch von Theatern, Konzerten und sonstige Dinge, die das Leben lebenswert erscheinen lassen!“

Ja, aber das habe ich ja gar nicht bestritten. Ich habe sogar diesen Dingen einen breiten Raum gewährt, denn ich sage extra und lasse es durch Sperrdruck noch besonders herausheben: „So wie der sächsische Minister mit seiner Bedarfstafel müssen auch wir für unsere Kollegen feststellen, was diese in allgemeinen zum Lebensunterhalt brauchen: von den Nahrungsmitteln bis zu den Ausgaben für Bücher!“ Glaubte jemand, daß ich meinen Kollegen die Ausgaben für Theater, Konzerte und ähnliche Dinge nicht gönne, wenn ich ihre Ausgaben für Bücher in die Bedarfstafel aufgenommen sehen will? Kurz, es wird etwas kritisiert, was ich gar nicht

geschrieben habe. Nach der von meinem Kritiker vorge schlagenen Regelung soll der Arbeiter erst dann Geld für diese Kulturbedürfnisse übrig haben, wenn die Lebensmittel soweit in Preise heruntergefallen sind, daß er sich diese Summe vom Munde absparen kann. Und wenn nun die Lebensmittel nicht in Preise sinken, ja, wenn sie sogar noch in Preise steigen? Dann kann der bedauernswerte Arbeiter nichts für diese Kulturbedürfnisse ausgeben. Dann können diese herrlichen Kulturereignisse auch nicht ihre bildende, veredelnde Wirkung an ihm ausüben. Dann nähert er sich immer mehr jenem bedauernswerten Zustande, wo er morgens aufsteht, tagsüber arbeitet und abends schlafen geht, Sonntag und Feiertags jedoch seinen besten Anzug in der Stadt spazieren führt, in schlechter Kneipe schlechtes Bier oder gar Fusel trinkt und als einziges Vergnügen eine schlechte Zigarre raucht. Mein Vorschlag dagegen will, daß er selbst in der höchsten, ja in der allerhöchsten Teuerungsperiode sich anständig kleiden, sich seine Wohnung wohnlischer gestalten kann und daß ihm selbst in solchen Teuerungsperioden noch Geld genug für Theater und Konzert, für Zeitungen und Bücher übrigbleibt. Sehen wir uns daraufhin einmal die Verhältnisse in der Kollegenchaft an! Prüfen wir die Statistiken, die wir über den Haushalt der Arbeiter haben! Was finden wir? Der Jungeselle kann sich sehr wohl viele Genüsse des Lebens leisten. Er kann sich gute Anzüge, eine gut möblierte Wohnung, auch Theater und Konzert leisten. Das kann der Verheiratete schon nicht mehr; je mehr Kinder er zu versorgen hat, desto weniger kann er als Mensch leben, desto mehr muß der Beklagenswerte auf alle diese Genüsse verzichten. Warum? Weil sein Verdienst nicht ausreicht. Warum müssen so viele Frauen in die Fabrik gehen? Weil der Lohn der Männer nicht kalkulierte wird nach dem Verbrauch einer mehrköpfigen Familie, sondern in den meisten Fällen nach dem Bedarf des Alleinlebenden! Dieses Uebel werden wir nur dann mit der Wurzel ausrotten, wenn wir die Löhne mehr dem Bedarf anpassen, denn wie auch die Lebensmittelpreise sich bewegen, ob sie steigen oder fallen, sie reizen dann auch die Löhne mit sich höher oder tiefer und dem Arbeiter bleibt dennoch sein Teil übrig, das ihm für die Kulturbedürfnisse gesichert worden war.

Andere noch „unüberwindliche Schwierigkeiten“ sollen meinem Vorschlage entgegenstehen. Nämlich, „wenn Getreide billig, Gemüse und Fleisch oder eines von diesen Dingen teurer geworden ist!“ Oder „wenn eine vorübergehende Teuerung in Sicht ist“. Und das soll wirklich eine unüberwindliche Schwierigkeit sein? Was haben denn jetzt die Arbeiter gemacht, als die Teuerung durch den Krieg so enorm gestiegen ist? Sie haben Teuerungszulagen verlangt. Ja, sie haben sogar in solchen Fällen nicht davon Abstand genommen, wo sie durch einen Tarif gebunden waren und dieser Tarif sich auf Verhältnisse stützte, die dann durch eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise weit überholt wurden. Also in solchen außergewöhnlichen Fällen wäre auch schon ein Ausweg gefunden. Wenn aber mal die Kartoffeln im Frühjahr im Preise steigen oder die Frühgemüse etwas teuer werden, solche kleinen Preisuntergänge wird man nicht gleich zu berücksichtigen brauchen. Denn was für die Bedarfstafel entscheidet, ist ja nicht der Durchschnitt eines Monats, sondern der größerer Zeitspannen. Denn es steht groß und breit in meinem Artikel: „Freilich dürften dann diese Geldlöhne nur für bestimmte kürzere Zeitspannen wie für die Zeit eines Jahres festgelegt werden. Es liegt also kein Grund vor, von meinem Vorschlag um Haarsbreite abzugehen. Ebenjowenig kann ich das bei dem zweiten prinzipiellen Einwand, dem Widerstand der Unternehmer.“

Die Begründung ist nicht stichhaltig. Die Unternehmer werden sich nicht dazu verstehen, weil „die Kaufverträge oftmals sehr langfristige sind und deren Zeitläufte aus rein natürlichen Gründen nicht mit den Schwankungen der Lebensmittelpreise in Einklang gebracht werden“. Erstens sind die Schwankungen der Lebensmittelpreise in normalen Zeiten durchaus nicht so kolossal, daß man sich nicht darauf einrichten kann. Dafür sorgt Gott sei Dank schon die freie Konkurrenz. Und selbst wenn sie gewaltig wäre, so ist es doch wohl zehnmal besser, der Unternehmer trägt sie aus seinem Profit, als der Arbeiter aus seinem Lohn.

Und Hand aufs Herz! Kann der Unternehmer wirklich diese Mehrausgabe nicht tragen? Gewiß! Das beweist die Steigerung der Lederpreise. Denn es wird bekannt sein, daß das Leder einen viel höheren Prozentsatz des Herstellungspreises verschlingt als der Arbeitslohn. Wenn also der Unternehmer schon eine Erhöhung des Lohnes ablehnen muß, weil sie ihm seine ganze Kalkulation über den Haufen wirft, wieviel weniger könnte er zurecht kommen, wenn der Preis des Leders steigen würde. Und siehe da! Die

Lederpreise sind gestiegen, ja viel mehr gestiegen als die Löhne, und trotzdem haben die Unternehmer doch gute Geschäfte gemacht.

Woher kommt das? Weil diese Klugen und berechnenden Kaufleute solche Schwankungen schon bei der Kalkulation in Betracht gezogen und deshalb bei den Fällen gleich mit eingerechnet hatten, wo sie sich durch langfristige Verträge banden. Wenn das möglich war bei einem solchen Rohmaterial, das prozentual viel höher steht als Arbeitskraft, warum nicht bei den Löhnen, die prozentual viel weniger verschlingen. Und indirekt gibt mein Kritiker das selbst zu. Er agitiert für kurzfristige Tarifverträge. Aber auch kurzfristige Tarifverträge sind mit langfristigen Lieferungsverträgen unvereinbar. Kauft doch der Unternehmer hier dieselbe Gefahr wie dort, nämlich daß seine Kalkulation über den Haufen geworfen wird, daß er dadurch in seinem Profit Einbuße hat, vielleicht gar nichts profitiert oder sogar noch mit Schaden arbeitet. Daher auch das Bestreben der Unternehmer, die Tarifverträge möglichst langfristig abzuschließen. Also auch die Rücksicht auf die Unternehmer kann mich nicht bewegen, von meinen Forderungen zurückzutreten.

Nein, meine Forderungen sind praktisch für unsere Reisearbeiter. Sie sind auch durchführbar in der Industrie. Ich kann deshalb zum Schluß nur sagen, was ich am Schluß meines kritisierten Artikels sagte: Sie bieten die beste Lösung der Frage: Wie regeln wir in Zukunft die Löhne in der Lederwarenbranche? Ernst Kreplin.

III.

Wie regeln wir die Löhne für die Lederwarenbranche? Mit dieser Frage hat Kollege Kreplin ein Problem zur Erörterung gestellt, dessen Lösung nicht so einfach ist, wie er sich die Sache zurecht legt. Gewiß, wer davon ausgeht, wie es sein müßte, dem fällt die Antwort leicht. Dann kann man aber auch gleich durchgreifendere Vorschläge machen. Aber es hat noch lange Wege, bis das sozialistische Programm verwirklicht werden kann. Ehe wir dies erstrebenswerte Ziel erreichen, müssen wir uns mit den gegebenen Verhältnissen so gut wie möglich abfinden. Ob dabei die Aufstellung einer Bedarfstafel als Grundlage der Lohnbewegung das allein richtige Mittel ist, darüber dürften die Meinungen sehr auseinandergehen. Müßte doch damit eine ständige Rationalisierung aller Bedürfnisse verbunden werden; eine Einrichtung, die man wohl im Kriege hin nimmt, deren Schwächen aber mangels einer gründlichen Organisation so zutage treten, daß sie gerade in Arbeiterkreisen nicht als dauernde Einrichtung genügt wird.

Unrichtig ist es, für bevorstehende Lohnbewegungen den Krieg und die damit verbundene außerordentliche Teuerung als Maßstab für die fernere Lohngestaltung gelten zu lassen. Von den wirtschaftlichen Verhältnissen nach dem Kriege kann sich niemand schon heute auch nur ein ungefähres Bild machen. Alles fließt. Aus diesen Gründen wird auch niemand einer Festsetzung von Löhnen auf längere Dauer das Wort reden. Als Aus Hilfsmittel werden Teuerungs- oder Kriegszulagen empfohlen. Wie schwer sie einzuführen sind, bietet gerade die Lederwarenindustrie ein Schulbeispiel. Nicht allein weil die Unternehmer sich sträuben, mehr Lohn zahlen zu sollen, sondern weil viele Arbeiter und Arbeiterinnen für den Kampf um höhere Löhne die notwendige Energie nicht aufbringen und nicht von der Waffe Mitgliedschaftstreue zur Gewerkschaft Gebrauch machen. Stellen wir nun unsere Lohnpolitik auf die Grundlage der Bedarfstafel, so ist den Unternehmern die Handhabe geboten, in Zeiten billiger Lebensmittel die Löhne herabzusetzen, so daß den Arbeitern wieder nichts für ihre Kulturbedürfnisse übrig bleibt. Da ist eben die Festsetzung von Mindestlöhnen, wie sie im letzten Jahrzehnt Gemeingut der Gewerkschafter geworden ist, das beste Aus Hilfsmittel, d. h. sie stellen das Mindeste dar, das auch dem schwachen Arbeiter die Existenz ermöglicht. Leistungsfähigere Arbeiter sollen ohne Bindung nach oben her erhalten, ebenso kann in teuren Zeiten ein höherer Lohn erkämpft werden.

Leider richten sich die Unternehmer bei Bemessung der Löhne nicht nach den Bedürfnissen der Arbeiter, sondern in erster Linie nach dem Geiz von Angebot und Nachfrage. Von dieser Regel hat nicht einmal die Kriegsteuerung eine Ausnahme gemacht. Wo Arbeitermangel sich zeigte, haben Unternehmer sogar höhere Löhne angeboten und Arbeiter unter Gewährung materieller Sondervergünstigungen aus bisherigen Stellungen angelockt. Dies Treiben ging bekanntlich soweit, daß die Regierung sich veranlaßt sah, Gegenmaßnahmen zu treffen. Derselben Unternehmer scheuen sich aber nicht, ungelernete Kräfte, besonders Arbeiterinnen, in einer Weise zu entlocken, die mit ihren notwendigen Bedürfnissen nicht in Einklang gebracht werden kann.

Nun zur anderen Seite der Medaille!

Kollege Kreplin vertritt den an sich richtigen Standpunkt, daß ein Familienvater mehr verdienen

muß als wie ein alleinstehender Junggeselle. Doch: Grau ist alle Theorie. Ein Beispiel mag es beweisen. In einem Betriebe fertigen zwei rüstige Junggesellen wöchentlich je 6 Duzend Taschen an, ein Familienvater von Frau und vier Kinder macht 4 Duzend, ein anderer mit zwei Kindern nur 4½ Duzend und ein dritter Kollege, der seine Eltern unterhalten muß, stellt nur 5 Duzend deselben Artikels her. Nach der Bedarfstafel müßten die jungen und leistungsfähigsten Kollegen am niedrigsten entlohnt werden, hingegen der am wenigsten leistete, müßte mindestens den dreifachen Lohn erhalten. Abgesehen davon, daß der Unternehmer solch ein Lohnsystem niemals anerkennen würde, auch die Kollegen selbst würden dagegen ankämpfen und die Bedarfstafel dem solange um die Ohren schlagen, bis er sich zu einer anderen, ihrer gerechteren Lohnpolitik befehrt. So sieht es in der Praxis aus, mit der wir auf absehbare Zeit zu rechnen haben.

Doch abgesehen davon, das Geiz von Angebot und Nachfrage wird für die nächste Zukunft die Lohnhöhe beeinflussen, weshalb die Gewerkschaften ihre Lohnpolitik auch danach einzurichten haben. Um einer Verelendung der Arbeiter entgegenzuwirken, sind auf Erfahrung aufgebaute Mindestlöhne festzusetzen, die dann der Konjunktur- und Stärkeverhältnissen der Berufsorganisation gemäß zu erhöhen sind. Kollege Kreplin ist für die Festlegung der Löhne auf ein Jahr. Mit diesem Sabe fallen aber auch seine Argumente, um so mehr, als er ja zugibt, daß die Schwankungen der Lebensmittelpreise in normalen Zeiten durchaus nicht so kolossal sind, daß man sich nicht darauf einrichten kann.

Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

II.

Ein besonderer Programmpunkt der Kriegsbeschädigten-Vereinigung ist die Bildung von „Arbeitsgenossenschaften für Heimarbeit“. Blinde und andere schwer Beschädigte, die als Bürstenbinder, Stuhl- und Korbflechter oder für sonstige Heimarbeit ausgebildet wurden und die neue Erwerbstätigkeit nunmehr selbständig betreiben, sollen bei der Beschaffung von Rohmaterialien unterstützt werden wie auch bei der Auffindung von Absatzquellen, und zwar in der Weise, daß kriegsbeschädigte Kaufleute oder andere jedergewandte Kameraden die notwendigen Schreibereien unentgeltlich für sie besorgen. Bedarf es dazu einer besonderen Vereinigung? Die für Privatindustrie arbeitenden Kleinhändler lassen sich ihre Rohmaterialien vom Lager holen oder schiden; was nicht telephonisch erledigt werden kann, das wird persönlich oder schriftlich von den Angehörigen besorgt, ohne erst den gelegentlichen Besuch eines Kameraden abzuwarten. Befinden sich an einem Orte mehrere solcher Heimarbeiter der gleichen Branche, so daß sie sich genossenschaftlich vereinigen können, dann haben wir in unseren Konjunkturereinen die gegebenen Absatzquellen. Die in einem Arbeitsverhältnis stehenden Heimarbeiter aber müssen die Mitgliedschaft in ihrer gewerkschaftlichen Organisation fortsetzen oder aber der für sie zuständigen Organisation beitreten, um ihre Berufsinteressen in jeder Weise gewahrt zu wissen. Die einzelne Berufsorganisation kann dies natürlich weit wirksamer, als es einer Organisation der Kriegsbeschädigten für die Arbeiter und Angestellten der verschiedenen Berufe beim besten Willen möglich sein würde. Bei dieser Gelegenheit seien die weniger fähigsten kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitglieder auf den Nachteil hingewiesen, der ihnen aus der Preisgabe ihrer Mitgliedschaft erwächst. Wären sie auf all die Versprechungen, die ihnen die Kriegsbeschädigtenvereinigung macht, dann können sie leicht zu dem Glauben verleitet werden, durch den Anschluß an dieselbe, bei einem Monatsbeitrag von 50 Pf. ihre Interessen vollst. gewahrt zu sehen. Unterlassen sie es deshalb, ihre Mitgliedschaft in Verbände fortzusetzen, so geben sie sich damit aller bisher erworbenen Rechte, auf die sie auch beim Uebertritt zu einer anderen gewerkschaftlichen Organisation, die für ihre neue Erwerbstätigkeit zuständig ist, Anspruch haben. Kommen sie hinterher zur Einsicht, daß die Zugehörigkeit zur Kriegsbeschädigtenorganisation ihnen nichts bieten kann, sondern der Anschluß an ihren Verband nach wie vor notwendig ist, dann können ihnen die infolge der früheren Mitgliedschaft erworbenen Rechte nicht mehr eingeräumt werden.

Die Hilfe für kranke Kriegsbeschädigte, die ebenfalls als Aufgabe der Sonderorganisation bezeichnet wurde, kann diese ebensowenig direkt leisten, als die Gewerkschaften es tun könnten. Es kann sich da lediglich um gelegentliche Besuche handeln und um etwaige Vermittlung der notwendigen Hilfeleistungen. Die Familienangehörigen der Kranken aber werden in den wenigsten Fällen darauf warten können, bis ein Beauftragter vom Kriegsbeschädigtenverein Zeit hat, einen Besuch zu machen. Sie werden selber bemüht sein, die nötige Hilfe zu

schaffen und soweit es notwendig ist, sich hierzu Auskunft holen oder Beschwerde führen, wozu ihnen das Geschäftszimmer des Verbandes oder des Arbeitersekretärs jeden Tag offen steht.

Auch zur Gesundheitspflege der Kriegsbeschädigten, die einem weiteren Programmpunkt der Vereinigungen bildet, bedarf es solcher nicht. Was dazu notwendig ist, wie z. B. die öffentlichen Schwimmbäder den Amputierten zu bestimmten Stunden ausschließlich zur Verfügung zu stellen, kann ohne Sonderorganisation geschehen. Schließlich will der Kriegsbeschädigtenverband noch sogenannte Landabteilungen schaffen. Soweit der beabsichtigte Zweck, den Mitgliedern bei der Pachtung eines Stückes Kartoffel- und Gemüselandes und dem Bedarf zu dessen Bestellung und Bearbeitung beihilflich zu sein, nicht innerhalb der zahlreichen bestehenden Vereine und gemeinnützigen Vereinigungen erreicht werden kann, steht auch hier der Förderung billiger Anforderungen durch die Vertrauensmänner der Arbeiter- und Angestelltenschaft in den Gemeindevertretungen nichts im Wege.

Weiter ist die Einrichtung eines Unterstützungsfonds beabsichtigt. Der Anfallung eines solchen durch Heranziehung weiterer Kreise stehen behördliche Schwierigkeiten im Wege, während sich aus Mitgliederbeiträgen ein nennenswerter Fonds im Verhältnis zu den Ansprüchen nicht schaffen läßt, ohne die Mitglieder allzu sehr zu belasten. Jedenfalls steht dieser Fonds einzuweisen erst auf dem Programm als ein Werbemittel für den Verband. Ohne die gute Absicht der Gründer deselben anzuweisen, muß doch gesagt werden, daß es von ihren Plänen ein weiter Weg ist zu ihrer Verwirklichung. Alle die Einrichtungen, die hier erst geschaffen werden sollen, haben die kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitglieder bereits in ihren Organisationen zur Verfügung.

Kurzum, eine wirtschaftliche Sonderorganisation von Kriegsbeschädigten ist ebenso überflüssig, als die gewerkschaftliche Organisation für die noch irgendeiner Erwerbstätigen Kriegsbeschädigten notwendig ist. Suchen die Kriegsbeschädigten ihre Interessen durch Sondervereinigungen zu vertreten, so laufen sie Gefahr, daß ihre Anforderungen als einseitig, übertrieben und unberechtigt abgewiesen werden. Anders, wenn sie ihre Berufsorganisation mit der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen betrauen. Hier hat ihre Stimme von vornherein ein ganz anderes Gewicht und findet leichter den nötigen Widerhall. Und wenn die Verhältnisse es mit sich bringen, daß die Gesamtheit der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gemeinsam für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten eintreten muß, dann ist der Erfolg ein ungleich größerer und nachhaltiger, als ihn ein Delegiertentag der Kriegsbeschädigtenvereinigungen erzielen könnte.

Die Kriegsbeschädigten sollen und müssen selber mitwirken an der Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen, ohne daß sie sich dabei auf sich allein verlassen und die Mitwirkung ihrer gesamten Berufsgenossen ausschlagen dürfen. Sie können es in einer Sonderorganisation nicht allen Parteien recht machen, ohne es schließlich mit allen zu verderben. Sie müssen sich auf ihre bisherigen Organisationen stützen, die in jedweder Weise bereit und bemüht sind, sich ihrer kriegsbeschädigten Mitglieder gehörig anzunehmen. Aber auch für die Gewerkschaftskartelle wird es selbstverständlich sein, die ihnen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge erwachsenden Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen.

Ist eine Kriegsteilnehmervereinigung nötig?

Zu dieser Frage nimmt ein im Felde stehender Kollege wie folgt Stellung. Erwünscht wäre, wenn auch andere Kollegen sich dazu äußerten.

In der Nr. 1 der „Sozialdemokratischen Feldpost“ vom 15. Mai 1917 ist die Frage einer Kriegsteilnehmervereinigung aufgeworfen worden. Eigentlich ist es eine Frage, die schon seit langer Zeit im Lande kurrert und in den Blättern auch schon mehrfach erörtert wurde. Für den ersten Augenblick haben die in dem betreffenden Artikel aufgeworfenen Fragen etwas, ich will sagen Bestehendes. Tatsache mag sein, daß die Interessen der Kriegsteilnehmer in einer besonderen Organisation am besten gelöst werden könnten. Aber die Gründung einer derartigen Organisation hat so vieles gegen sich, daß man nur mit besonderer Vorsicht an diese Frage herangehen kann.

Die Regelung der Kriegrenten, die Arbeitsvermittlung und die Lohnfrage für Kriegsbeschädigte können nicht von einer jungen Organisation gelöst werden, die sozusagen erst aus dem Boden gestampft werden muß. Jeder, der die Geschichte der politi-

sehen wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung kennt, wird wissen, wieviel Schwierigkeiten sie zu überwinden hatte, ehe sie zum Wachstumsfaktor im Kampfe gegen das Unternehmertum und den Kapitalismus wurde. Der Krieg wird über kurz oder lang doch zu Ende sein. Die neu zu gründende Organisation wird aber dann noch so schwach sein, daß sie unmöglich die Interessen der Kriegsteilnehmer erfolgreich vertreten kann. Wer soll nun bis zu ihrer Kräftigung die Interessen der Mitglieder vertreten? Hier müssen doch die Gewerkschaften und die politischen Parteien einspringen. Wenn aber die Gewerkschaften und politischen Parteien für diese gewiß jahrelange Uebergangszeit die Vertretung übernehmen sollen, warum dann nicht für immer?

Eine Kriegsteilnehmerorganisation kann auch keinen bleibenden Wert besitzen. Die immer weiter umfänglichere Aufklärungsarbeit der Menschheit wird alles mögliche tun, um das nochmalige Ausbrechen eines Weltkrieges, der dann vielleicht noch grausigere Formen annehmen würde, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Wer aber sollen in diesem Falle die Erben dieser Organisation sein? Wenn neue Organisationen gegründet werden, dann müssen dieselben auch für die Nachwelt eine bleibende, nicht aber vorübergehende Bedeutung haben.

Auch die Agitation für diese neue Organisation wird auf mannigfache Schwierigkeiten stoßen. Eine dieser Schwierigkeiten würde die Beitragsfrage sein. Für den Augenblick mag das lächerlich klingen. Aber jeder, der in der politischen und gewerkschaftlichen Agitation tätig war und ist, wird wissen, daß es heute leider noch Hunderttausende gibt, die sich durch alle möglichen Redensarten vor dem Eintritt in die Organisation zu drücken suchen. Trotzdem man hier die positiven Erfolge der alten Organisationen als Beweis für ihre Wichtigkeit erbringen kann, scheuen sich doch noch so viele, auch Mitglieder und Mitkämpfer in den Organisationen zu werden. Bei der nach dem Kriege herrschenden Teuerung, die besonders für die arbeitende Bevölkerung sehr hart sein wird, wird die so untergeordnete Beitragsfrage für viele eine Rolle spielen. Die Steuern und die ganze Lebenshaltung werden so viel von dem Arbeitslohn mit Beschlag belegen, daß für andere Angelegenheiten gar nicht viel Geld übrig bleiben wird.

Wenn wir daher mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, unsere politischen wie gewerkschaftlichen Organisationen zu stärken, so leisten wir damit bessere Arbeit, als wenn wir daranehen, neue Organisationen zu gründen. Auch der zuletzt in dem Artikel angeführte Grund, das Gesellschaftsbedürfnis betreffend, ist nicht stichhaltig. Ich glaube, daß wohl die meisten hier an der Front lebenden Kameraden nach dem Kriege froh sein werden, wenn sie von den graufigen Wirrnissen, denen sie solange beizohnen mußten, so wenig als möglich hören. Etwas derartiges läßt sich mit dem Grundgedanken und Ideen der Partei auch gar nicht vereinbaren. Im übrigen wird aber auch das Gesellschaftsbedürfnis gar nicht unterbunden, wenn von dieser Organisation abgesehen wird. Versuchen wir also, und das können wir hier an der Front auch, alle Arbeiter durch die nötige Aufklärung ihren Organisationen zuzuführen und dieselben immer mehr und mehr zu stärken, dann dienen wir der ganzen Sache mehr, als wenn wir für die Kriegsteilnehmer an die Gründung neuer Organisationen denken.

Georg Schäfer (Champagne).

der obersten militärischen Sanitätsbehörde des Armeekorps einzuholen. Verweigert ein Heeresangehöriger die Behandlung, so hat er sich vor der Stelle zu verantworten, die zuständig ist, wenn er sich eines Ungehorsams gegen einen Befehl in Dienstsachen schuldig gemacht hat. Diese Stelle ist also das Militärgericht. Dieses Gericht kann das Urteil der höheren Sanitätsbehörde einholen, ist jedoch an dieses Urteil nicht gebunden. Den Militärärzten ist von höchster Stelle zur Pflicht gemacht, durch ihr ganzes wissenschaftliches Können und Auftreten und durch Beratung mit erfahrenen Fachärzten ernsthafte Streitfälle zu den seltensten Ausnahmen zu machen.

Mensch sein.

Schwerer Ernst lagert über dem Heute. Erbarmungslos geht draußen der Tod durch die Reihen und daheim drückt schwer der Hunger das Volk und alle, alle, selbst die unschuldigen Kinder wissen, was es heute heißt, Mensch zu sein.

Und auf dieses unfähige Gland lacht wie ein Hohn die junge Sonne wieder im Lenzesglanze, wie ein Hohn singen die Vögel wieder ihre munteren Lieder. Die ganze Natur atmet wieder Freude und Lebenslust: ernst und traurig und tief gedrückt ist nur der Mensch, der Natur höchstes Produkt.

Wie stolz waren wir nicht immer auf unsere Kultur, wie dünkten wir uns nicht hoch und erhaben über alles übrige Leben der Welt. Und jetzt? Jetzt lacht draußen die frohe Natur und uns Trägern der Kultur ist es so schwer, ach so schwer uns Herz-Scheinkultur haben wir gehabt, aber keine wahre Kultur; auf der Natur muß die Kultur ruhen, wenn sie sein soll eine Kultur der Freude und Lebenslust.

Natur aber ist das freie Entfalten der geistigen Kräfte, die in jedem einzelnen des Volkes schlummern, Natur das seelische Bedürfnis nach freiem, persönlichem Glück, Natur das freie, geistige und wirtschaftliche Leben jedes einzelnen in sich abgeschlossenen Volkes, Natur das geordnete Zueinandergreifen der vorhandenen Werte zwischen den einzelnen des Volkes und zwischen den Völkern. Natur heißt Freiheit und Natur heißt Ordnung.

Freiheit und Ordnung, eine Organisationswelt der Freiheit müssen wir darum haben, wenn wir leben wollen in einer Welt der Freude und des Glücks. Freiheit und Ordnung sind die beiden Grundpfeiler einer wahren Menschheitskultur. In solchem Dasein fühlen wir uns nicht auf einem naturfremden, freublosen Menschheitswege. Nein, dann ist es eine Freude, Mensch zu sein.

Aus unserem Beruf.

Mitglieder-Verwertung. In Hamburg wurde mit Genehmigung des Generalkommandos des IX. Armeekorps und im Auftrage der Reichsbekleidungsstelle Berlin eine gemeinnützige Mitglieder-Verwertungsgesellschaft m. b. H. gegründet, die unter Mitwirkung der Hamburgischen Kriegshilfe beabsichtigt, unbenutzt liegende Gebrauchsgegenstände aus Leder unter Ausschluß aller Schuhwaren und Treibriemen zu verwerten. Es sollen abgegeben werden alle entbehrlichen Koffer aus Leder und Segeltuch, Gutfasser, Schreibmappen, Schulmappen, Würfelbecher, Brieftaschen Ledergamaschen, Lederetuis, Lederfesseln Riemen aller Art, Gürtel (mit Ausnahme von Treibriemen), Geldbörsen, Handtaschen, Aktentaschen, Lederrängel, Lederbezüge, Lederdecken, Lederhängetaschen, Lederbeutel usw.???

Das Material wird der Reichsbekleidungsstelle zur Verfügung gestellt und zu wirtschaftlichen Zwecken verwendet werden. Das ganze Unternehmen verfolgt nur Wohlfahrtszwecke; der Reinertrag ist für die Hamburgische Kriegshilfe bestimmt.

Die gemeinnützige Mitglieder-Verwertungsgesellschaft rechnet auf freiwillige und unentgeltliche Abgabe oben bezeichneter Gegenstände; noifalls soll auch ein kleines Entgelt gegeben werden. Wer also seiner patriotischen Pflicht genügen will, soll nicht nur seinen Goldschmied den Goldankauffellen abliefern, sondern er soll auch alte Lederwaren irgendwelcher Art, die sonst nutzlos herumliegen, dem Vaterlande dienstbar machen.

Korrespondenzen.

Mm. (E. 29. 5.) In der am 16. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung für Mm-Neu-Mm sprach Kollege Nibel-Berlin über: „Unsere Organisation während der Kriegszeit“. Wenn sich die hiesigen Kollegen auch nach Möglichkeit bemühen, den Reichstarif zur Durchführung zu bringen, war es doch von großem Vorteil, daß Kollege Nibel hier war und über manchen Punkt und die verschiedene Herstellungsweise in den einzelnen Landesteilen, worüber Zweifel bestehen, Aufklärung bringen konnte. Redner besprach die Umwälzungen, welche der Krieg gebracht, schilderte die Lage der Militärsattler in den letzten 20 Jahren und ihre Kämpfe und ist der Reichstarif als das Produkt dieser Kämpfe anzusehen. Er erläuterte des weiteren denselben und

feine Instanzen wie Schlichtungskommission, Zentralarbeitskommission und die Auskunftsstelle in Berlin. Wegen der Rahnmaterialienfrage empfahl Redner den Kollegen, die Fabrikanten anzuhalten, daß Fäden, Wachs und Zubehör zu stellen sind. Um über die Krise nach Friedensschluß hinwegzukommen, des weiteren für Abwehrkämpfe und zur Unterstützung der aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen muß es Pflicht der Gewerkschaften sein, soweit wie möglich Gelder dafür bereitzustellen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Anwesenden, treu zum Verbands zu halten, welcher nur ihre Interessen vertritt und der erst in der schlechten Zeit richtig eingeschätzt werden wird.

Als Ortskassierer wird Kollege Frider einstimmig gewählt, während Kollege Kurz den Zeitungsverband fürs Feld übernimmt. Der Vorsitzende gab die Erhöhung der Stundenlöhne ab 1. Juni bekannt.

Anwesend waren 71 Mitglieder. Von der Versammlung am 27. April ist zu erwähnen, daß ab 1. Juli die freiwilligen Sammellisten in Postfall kommen sollen. Des weiteren wurde beschlossen, ab 1. Juli d. J. den Beitrag für männliche Mitglieder um weitere 10 Pf. zu erhöhen und beträgt dann der Beitrag für Mm-Neu-Mm für männliche Mitglieder 70 Pf., weibliche Mitglieder 35 Pf.

Rundschau.

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz soll, auf Einladung der für die Kriegszeit eingerichteten Zweigstelle des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, am 8. Juni d. J. in Stockholm stattfinden. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung: „Gewerkschaftliche Forderungen zum Friedensvertrag.“ Die Forderungen der Gewerkschaften sind: 1. Freizügigkeit, 2. Ausbau des Koalitionsrechts, 3. Ausbau der sozialen Versicherung, 4. Gesetzliche Festlegung der täglichen Arbeitszeit, 5. Schutz der Gesundheit der Arbeiter durch Verbot der industriellen Gifte und gesundheitsgefährdenden Produktionsmethoden, 6. Sinnemäße Anwendung des Arbeiterschutzes auf die Heimindustrie, 7. Verbot jeder Erwerbstätigkeit von Kindern unter 15 Jahren, 8. Begrenzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und weibliche Angestellte, 9. Einführung einer Mutterschaftsunterstützung, 10. Wirksame Gewerbaufsicht unter Heranziehung der Berufsverbände, 11. Anerkennung des internationalen Arbeitsamtes (Sitz Basel), in dem der internationale Gewerkschaftsbund eine Vertretung erhalten soll. Dieses Programm zeigt, wie die Gewerkschaften bestrebt sind, die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, einigermaßen zu heilen. Wir wünschen der Konferenz den besten Erfolg.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Mm beträgt der Beitrag für männliche Mitglieder ab 1. Juli 70 Pf. pro Woche.

In Münster (Westfalen) beträgt der wöchentliche Beitrag 65 Pf. für männliche und 35 Pf. für weibliche Mitglieder.

Im Laufe des Monats Juli wird das Adressenverzeichnis neu herausgegeben und bitten wir die Adressen des Vorsitzenden und Kassierers einzusenden zu wollen.

Der Vorstand.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges ist gefallen unser Mitglied
August Helde, Braunschweig, 28 Jahre alt.
 Ehre in einem Andenken!

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.
 Gegründet 1880.
 Preislisten S. P. gratis und franko.

Fort mit der alten Sattlerahle!
Fort mit den zersprungenen Hesten!
Fort mit Aerger und Zeitverlust!
 Lassen Sie sich eine Probe-Ahle für 1,40 Mk. schicken von
Karl Schiller, Stuttgart,
 Luisenplatz 6 III, Dttheim.
Schwarze Wadstuhle
 verschied. Posten abzugeben.
 Oberfeld, Postfach 147.